Bismarck steht. Aber es hat auch ein Recht, zu verlangen, daß die Aeußerungen des Größten unter uns nicht in einer Form wiedergegeben werden, die infolge ihrer Unzulänglichkeit durchaus destructiv wirken muß. Eine schlechte Verwendung fürwahr des uns hinterlassenen Erbes, wenn wir nichts damit anzufangen wissen, als uns selbst den Blick in die Zukunft zu verdüstern. Im Sinne Bismarck's handeln heißt das wahrlich nicht! Und wer etwas zu sagen hat, sei es, was es sei, und gegen wen es sich richtet, der sage es frei heraus und suche in sich selbst die Kraft dazu —, nicht aber verkriech er sich hinter aus dem Zusammenhang herausgerissenen Bemerkungen dessen, den der Tod verhindert, sich gegen solchen Mißbrauch zu wehren." — Diese überaus zutreffenden Sätze lesen wir in der „Münch. Allg. Ztg.", die sich rühmen darf, ein „Bismarckblatt" zu sein, nicht aus geschäftlichen Gründen, sondern aus Verständniß für das Wesen und Wirken des verschiedenen Reichsgründers.

Die „Allgem. Zeitung des Judenthums" berichtet, daß mehr als 100 **jüdische Familien aus Frankfurt a. M.** „auf Denunciation von jüdischer Seite hin" **ausgewiesen worden** seien, und fügt hinzu:

„Die Leute stammten aus Galizien und Russisch-Polen und erwarben sich ihren Lebensunterhalt durch Hausiren in der Provinz Oberhessen. Dem Judenthum werden sie ja, das muß leider eingeräumt werden, dort wahrscheinlich gerade nicht zur Zierde gereicht haben. Das berechtigte aber keineswegs zu so empörender Handlungsweise, die nicht scharf genug gerügt werden kann. Nur in den trübsten Zeiten unserer (der jüdischen. Red. d. L. T.) Geschichte hat das Denunciationswesen aufkommen können. Wir bekennen offen, daß diese Erscheinung eine der traurigsten Folgen der antisemitischen Verhetzungsperiode ist."

Die „Allg. Ztg. des Judenthums", die, wie man uns sagt, früher ein gediegenes, die Interessen der deutschen Juden verständig und im Hinblick auf die Interessen des Staates abwägendes Organ gewesen sein soll, befindet sich jetzt im Verlage des Herrn Rudolf Mosse, des Herausgebers des „Berliner Tageblattes". Dieser Umstand erklärt Vieles. Aber selbst an solcher Stelle hätte man eine so gründliche Verkennung der Situation, wie sie sich in den mitgetheilten Sätzen offenbart, nicht voraussetzen zu müssen geglaubt. Fremde Juden kommen nach Deutschland, wohnen hier sich einem Berufszweig, der an sich wirthschaftlich nicht durchweg unbedenklich und dazu überfüllt ist, ihre Praktiken gereichen, „das muß eingeräumt werden", dem Judenthum nicht zur Ehre, d. h. doch: der einheimischen Bevölkerung zum Nachtheil, und dennoch ist es „empörend", daß deutschen Juden geholfen, dem sie compromittirenden und ihre christlichen Nachbarn schädigenden Treiben der Ausländer ein Ziel gesetzt wird. Der normale Mensch wird es im Gegentheil empörend finden, daß diese „Handlungsweise" getadelt wird. Die Auslassungen der „Allg. Ztg. des Judenthums" lassen sich nur von dem Standpuncte begreifen, der den unter anderen Völkern wohnenden Juden keine anderen Pflichten gegen sich und den Staat, dem sie angehören, zuweist, als die, dem Gedanken der unbedingten Solidarität aller Juden Fleisch und Blut zu geben. Die ausgebildetste Blüthe dieser rein national-jüdischen Weltanschauung ist der Zionismus, dem man, da er über die Stellung seiner Anhänger zum Staate und zu dessen nichtjüdischen Angehörigen keinen Zweifel obwalten läßt, wenigstens die Achtung nicht versagen kann. Aber die deutschen Juden wollen von dem Zionismus nichts wissen, und es ist nicht anzunehmen, daß gerade mosaische Besitzer märkischer Rittergüter und Berliner Paläste sich durch Schwärmerei für das zionistische Ziel, einen Judenstaat in Asien, von der Allgemeinheit unterscheiden. Es muß daher als nackte Frivolität angesehen werden, daß das Organ des Herrn Mosse einen Act des Selbst- wie des Staatsschutzes, den Frankfurter oder oberhessische Juden vollzogen, eine Denunciation nennt. Die Abschwächung und schließliche Beseitigung dessen, was man Antisemitismus im nicht parteipolitischen Sinne nennt, ist in Deutschland schlechterdings ausgeschlossen, so lange die Juden unseres Landes es sich gefallen lassen müssen, daß jene „halbasiatischen" Repräsentanten der Uncultur, die der Jude Franzos so abschreckend schildert, unausgesetzt sich in die Reihen der deutschen Israeliten drängen und der Gesammtheit derselben eine stets wachsende Verantwortlichkeit aufbürden, der sie sich nach der Natur der Sache formell nicht entschlagen können. Daß die Einwirkung der Frankfurter Maßregel zugleich ein Verdienst um den Staat bedeutet, versteht sich gleichfalls von selbst. Der Staat und die Bevölkerung ohne Unterschied der Parteistellung erblicken in dem Einströmen von Slawen aus Rußland und Galizien eine ernste Gefahr. Nur glaubt man ihr im Augenblick wegen der wirthschaftlichen, insbesondere der landwirthschaftlichen Verhältnisse Deutschlands nicht an allen Puncten begegnen zu dürfen. Aber welche Bedenken die Zuwanderung von Polen auch erregen mag, die Leute arbeiten, sie helfen auf dem Felde und in der Fabrik Werthe schaffen und zudem sind wenigstens theilweise Vorkehrungen gegen die Seßhaftmachung dieses Elements getroffen. Was hingegen die eingewanderten polnischen Juden treiben, sagt oder deutet selbst die „Allg. Ztg. d. Judenthums" an. Sie „hausiren", mit welchem Capital, mit welchen Waaren, mit welchen Begriffen von geschäftlicher Moral, das ergiebt sich aus der gewiß nicht gern gemachten Einräumung, daß sie „dem Judenthum nicht zur Zierde gereichen". Der redliche Treitschke hat das von ihm einmal gebrauchte Wort von den über die östliche Grenze eindringenden hosenverkaufenden Jünglingen zurückgenommen, nachdem ihm ein jüdischer Gelehrter versichert hatte, eine derartige Einwanderung fände nicht statt. Die Meldung des Mosse'schen Blattes bestätigt zum Mindesten für die Gegenwart die Richtigkeit der Beobachtung des Historikers. Und da entsteht die Frage: Wie ist es möglich, daß die preußische und die hessische Verwaltung den Zuzug und den Aufenthalt der jetzt Ausgewiesenen duldeten? „Mehr als hundert Familien", das sind wenigstens dreihundert Köpfe. Sollten die Schutzleute und Gensdarmen, deren Augen kein nicht ganz ordentlich gekleideter Handwerksbursche, kein Radfahrer und keine in den Abendstunden ohne Begleitung nach Hause eilende Dame entgeht, den polnisch-jüdischen Hausirern niemals begegnet sein? Das ist kaum glaublich. Auch dem Frankfurter Einwohneramt muß dieser werthvolle Zuwachs der Population zur Kenntniß gekommen und aufgefallen sein. Wenn dennoch bisher nichts geschehen war, so muß man mit der Thatsache rechnen, daß die preußischen Vorschriften, die vollkommen ausreichen, um unliebe Gäste wie die russischen und galizischen Hausirer fern zu halten, nicht gehandhabt werden, obwohl ihre recht strenge Beobachtung erst vor einigen Jahren von dem Minister von Köller den Behörden eingeschärft worden ist. Bei den in Aussicht genommenen Reichstagsverhandlungen über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit wird man sich wohl über die Sache unterhalten.

Der „Vorwärts" hält sich darüber auf, daß im **Elsaß** Leute, die Hochrufe auf Frankreich ausbringen, von den Gerichten streng bestraft werden. Er schreibt: „Gegen die „Vive la France!"-Rufer arbeitet unsere reichsländische Justiz mit der alten Promptheit weiter. Am 23. d. M. wurde von der Strafkammer des Landgerichts Mülhausen der 23jährige Fabrikarbeiter Trapp aus Galfingen wegen Körperverletzung und Ausstoßens „aufrührerischer Rufe" zu vier Monaten und 14 Tagen Gefängniß, am 22. der 20jährige Bauersohn Kübnemann aus Obersulzbach wegen wiederholten Ausstoßens „aufrührerischer Rufe" zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. Diese staatsgefährliche Jugend! —" Wenn Jemand in den Reichslanden Hochrufe auf Frankreich ausbringt, so weiß er — im Alter von 22 bezw. 20 Jahren ist man kein Kind mehr und die Socialdemokratie will ja dieser Altersclasse das Wahlrecht zuerkannt wissen — ganz genau, daß er damit das deutsche Reich verhöhnt und Diejenigen, die seinen Ruf hören, zum Wiederanschluß an Frankreich auffordert. Obendrein werden diese Rufe, und zwar mit Recht, seit Jahr und Tag streng bestraft, und wer sie ausstößt, weiß also genau, was ihm bevorsteht. Thut er es trotzdem, so will er der Staatsgewalt Trotz bieten und diese hat dann mit den ihr zustehenden Machtmitteln zu versuchen, diesen Trotz zu beugen. Wir würde es wohl im socialdemokratischen Zukunftsstaate einem Mann ergehen, der in der offenkundigen Absicht, den socialistischen Staat zu verhöhnen, ein Hoch auf die Monarchie ausbrächte? Und wie würde es wohl im französischen Theile von Lothringen einem Manne ergehen, der in der offenkundigen Absicht, Frankreich zu verhöhnen, ein Hoch auf Deutschland ausbrächte? Der Mann würde vielleicht von einer Gefängnißstrafe verschont bleiben aus dem einfachen Grunde, weil er vorher von der Menge gelyncht werden würde. Unter denen aber, die die Lynchjustiz ausüben würden, befänden sich sicherlich auch die französischen Gesinnungsgenossen des „Vorwärts". Die deutschen Socialdemokraten aber streicheln den von der deutschen Justiz bestraften aufrührerischen Franzosenlingen zärtlich das juckende Fell. Das ist der Unterschied zwischen den „Genossen" diesseits und jenseits des Vogesengebirges.

Die **spanisch-amerikanische Friedenscommission** soll bekanntlich am 1. October in Paris zusammentreten. Ihre Aufgabe wird um so schwieriger sein, als das Protokoll des Präliminarvertrags vom 12. August über das Schicksal der Philippinen keine Entscheidung getroffen hat. Es hieß darin blos, die Stadt, der Hafen und die Bucht von Manila sollen während der Friedensverhandlungen von den Amerikanern besetzt bleiben, und eine besondere Commission solle die Philippinenfrage endgiltig regeln. Seitdem aber, insbesondere seit der Capitulation von Manila, die am Tag nach der Unterzeichnung des Präliminarfriedens erfolgte, ist der Appetit der Amerikaner bedeutend gewachsen. Der Besitz der Philippinen, mindestens eines Theils derselben, ist heute eine Forderung, die immer lauter und ungestümer in den Vereinigten Staaten erhoben wird. Es ist vorauszusehen, daß bis zum 1. October die vom Kriegsglück berauschte öffentliche Meinung in Amerika sich immer mehr in diese begehrliche Stimmung hineinsteigern wird. Präsident Mac Kinley, ein kluger, vorsichtiger Herr, sucht diesen imperialistischen Ausdehnungsdrang einerseits zu dämpfen, andererseits läßt er sich von der Volksstimmung Schritt für Schritt weiter schieben. Zur Zeit scheint er entschlossen, eine Art Mittelweg einzuschlagen. Seine Friedenscommissäre werden, wie es heißt, was die Philippinen betrifft, die Abtretung der Insel Luzon verlangen, aber nur diese. Dieses nur ist bezeichnend. Es soll den Schein erwecken, als sei das eine höchst mäßige Forderung, ein Beweis von rührender Bescheidenheit. In Wahrheit greift Mac Kinley damit weit über das Maß der Friedenspräliminarien hinaus, die zu einer Zeit festgesetzt wurden, als die Amerikaner noch nicht einmal Manila, viel weniger die Philippinen erobert hatten. Mac Kinley verlangt nur die Insel Luzon, aber diese hat so viel Flächeninhalt und Bevölkerung, als die übrigen Philippinen zusammen. Man begreift, daß Spanien die äußersten Anstrengungen machen wird, wenigstens diese Colonie zu retten, nachdem es auf seine sämmtlichen Besitzungen in Amerika verzichten muß. Aus eigener Kraft ist Spanien freilich nicht im Stande, dem Willen der Amerikaner Widerstand zu leisten. Bei seiner militairischen Unfähigkeit, die alle Erwartungen noch weit überstieg, ist es auf Gnade und Ungnade einem heutegierigen Sieger überliefert. Aber es hofft in dem jetzt beginnenden diplomatischen Ringkampf Bundesgenossen zu finden, die ihm, weniger aus Mitleid als aus eigenem Interesse, zur Seite stehen. In Ostasien, wohin die Vereinigten Staaten jetzt ihre langmächtigen Fangarme ausstrecken, stoßen sie mit den europäischen Mächten zusammen, und es kann diesen nicht gleichgiltig sein, plötzlich einen neuen, so überaus strebsamen Concurrenten neben sich auftauchen zu sehen. Wie es heißt, wird, einem Wunsch der Königin-Regentin entsprechend, Frankreich seinen Einfluß in Washington zu dem Zwecke geltend zu machen suchen, daß Spanien die Philippinen behalte. Wenn dies nicht blos ein Act der Höflichkeit gegen das hilflose Spanien ist, wenn es sich um die Einleitung einer ernsthaften Action handelt, zu dem Zwecke die Vereinigten Staaten von Ostasien fern zu halten, so darf man sicher sein, daß Frankreich dabei nicht auf eigene Faust handelt, sondern die Geschäfte seines Protectors besorgt, daß es von Rußland vorgeschoben ist, das soeben im besten Zuge war, den Engländern einen Streich um den andern zu spielen, und sich jetzt einem neuen, siegestrunkenen und mit den Engländern auf bestem Fuße befindlichen Rivalen gegenüber sieht. Die Philippinenfrage verspricht recht interessant zu werden.

Der nun fast sechs Monate währende große **Streik der Bergarbeiter von Südwales** scheint ebenso mit einer Niederlage der Arbeiter zu enden, wie voriges Jahr der Ausstand der Maschinenbauer. Handelte es sich bei den letzteren um die Erzwingung des Achtstundentages, so bei dem Ausstand der walliser Kohlenbergleute um die Abschaffung der gleitenden Lohnscala und die Ersetzung derselben durch die Einführung eines Mindestlohnes für den Walliser Kohlenbezirk. Auf dem letzten internationalen Bergarbeitertag in Wien erklärte ein Führer der Walliser Bergleute, das Unterhausmitglied Abraham, man habe in den letzten Jahren in Südwales mit den gleitenden Lohnscalen, bei denen sich der Arbeitslohn nach dem Verkaufspreis der Kohle richte, sehr bittere Erfahrungen gemacht, weshalb man sich der Forderung der großen Miners-Federation nach der Einführung von Mindestlöhnen angeschlossen habe. Der Unternehmerverband hat ein Schiedsgericht, das die Arbeiter vorgeschlagen, abgelehnt. Die Arbeiter (nahezu 100 000), deren Familien trotz ziemlich reichlicher Unterstützung der Gewerkschaften seit Monaten bitteren Mangel leiden, haben sich dann bereit erklärt, der Basis der gleitenden Scala mit einem Lohnminimum, unter das der Lohn nicht fallen soll, zuzustimmen, doch scheint es jetzt, als ob sie bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen werden. Es wäre dies der erste allerdings mißlungene größere Versuch zur Erzwingung des Minimallohns, der seit Jahren ein ständiger Gegenstand der Tagesordnungen der internationalen Bergarbeitertage bildet.

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 29. August. Mit souveränem Stolz verweist eine reußische Correspondenz des „rechtsparteilichen" Organs in Hannover auf die in Reuß ä. L. völlig unterbliebenen amtlichen Gedenkfeiern an den Fürsten Bismarck. Dabei wird sehr entrüstet unsere Behauptung zurückgewiesen, daß Reuß 1866 seine politische Fortexistenz nur dem damaligen Grafen Bismarck zu verdanken gehabt habe. Jene Rechtsparteiler wissen wirklich nicht, worüber sie schreiben, und daß in der vielerlehnten alten römisch-deutschen Reichszeit Reuß gar nicht souverän, sondern kursächsisches Lehn war. Ebenso saß es in Regensburg nur auf der Grafenbank. Das europäische Souverainetätsgefühl in Greiz ist also nicht einmal geschichtlich begründet. Im Uebrigen hat freilich im Herbst 1866 König Wilhelm I. die Fürstin-Regentin Karoline in Greiz nach geschehener Deprecation mit einer kleinen Summe für die preußischen Lazarethe davonkommen lassen, ebenso bekannt ist aber auch, daß Fürst Bismarck damals den annexionistischen Eifer gewisser Berliner Hofkreise zu Gunsten nicht blos süddeutscher, sondern auch norddeutscher Staatengebilde bekämpft hat.

△ **Berlin**, 28. August. Die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands hat die übliche Jahresübersicht über die Streikbewegung jetzt für das Jahr 1897 veröffentlicht. Die Zahl der Ausstände hat darnach nicht unerheblich zugenommen im Vergleich zu dem vorhergehenden Jahre. 1896 gab es nämlich nur 483 Streiks, während für 1897 deren nicht weniger als 578 verzeichnet sind. Diese Zunahme bestätigt wieder die auch aus anderen Anzeichen zu schließende Uebernahme der Streiklust der „Genossen". Allerdings waren an den vorjährigen Ausständen nur 63 119 Arbeiter betheiligt, gegenüber 128 808 im Jahre 1896, damals kam aber der große Hamburger Hafenarbeiterstreik in Betracht. Die verhältnißmäßig geringe Anzahl der Theilnehmer an den einzelnen Streiks im letzten Jahre, die in Deutschland sich auf etwa 120 beziffert, läßt erkennen, daß es sich in der Hauptsache um locale Ausstände handelt. Daß bei diesen die Aussicht auf Erfolg gering ist, ist selbstverständlich, und es ist leicht erklärlich, daß über die Hälfte der Streiks ohne Erfolg oder doch mit nur theilweisem Erfolg geendet hat. Die Arbeit der Hetzer auf Kosten der arbeitenden „Genossen" hat demnach in den überwiegend meisten Fällen nur Opfer für die Arbeiter mit sich gebracht. Die Gesammtausgabe für Streikzwecke betrug über 1¼ Mill. Mark. Da man annehmen kann, daß der Lohnverlust für die Ausständigen mindestens das Doppelte betragen hat, so wird man nicht fehl gehen, wenn man den materiellen Verlust der Arbeiter durch Streiks im Jahre 1897 auf rund 4 Mill. Mark berechnet. Ob wohl die Vortheile, die erlangt wurden, dazu im rechten Verhältniß stehen?

‡‡ **Berlin**, 28. August. Ueber die Thätigkeit S. M. Kreuzer „Geier" in den westindischen Gewässern in der ersten Hälfte des Juli erfahren wir Folgendes:

S. M. S. „Geier" traf am 3. Juli in Kingston, der Hauptstadt von Jamaica, ein, um dort Kohlen zu ergänzen. Dank den Bemühungen des deutschen Consuls, sowie des Entgegenkommens der englischen Behörden, wurde der Kreuzer nicht in Quarantaine gelegt, obwohl eine solche für alle Schiffe, die aus Häfen Cubas kamen, vorgeschrieben war. In Folge dessen konnte das Schiff von Port Royal, dem Vorhafen von Kingston, nach Salutirung der englischen Landesflagge, sowie des Commodoreflaggen auf dem englischen Wachtschiff „Urgent" direct nach Kingston weiter gehen und hier Kohlen und Wasser an der Werft übernehmen. Hierbei wurden zum Tragen der Kohlenkörbe einheimische Arbeiter verwendet, während das Trimmen der Kohlen in den Bunkern von der Besatzung ausgeführt werden mußte. Es ist dies, wie wir hinzufügen wollen, eine Ausnahme, die fast überall in den tropischen Gewässern Anwendung findet, da in der großen Hitze das Hineinbringen der Kohlen aus den Magazinen für europäische Mannschaften sehr anstrengend und für ihren Gesundheitszustand zu gefährlich ist. Im Laufe des 4. wurden von dem Commandanten mit den englischen Behörden die üblichen Besuche gewechselt. Infolge des spanisch-amerikanischen Krieges waren die Preise für Lebensmittel 2c. in Kingston sehr gestiegen. Im Uebrigen diente letzteres als Centralstelle für die Uebermittelung von Depeschen vom amerikanischen Blockadegeschwader nach Washington. Eine Anzahl von Depeschenbooten, welche unter englischer Flagge fahren, hielten den Verkehr aufrecht. Am 5. Juli kamen die englischen Kriegsschiffe „Pallas" und „Alert" nach Kingston und setzten Flüchtlinge aus Santiago de Cuba ab. Desgleichen traf Nachmittags der österreichische Panzerkreuzer „Maria Theresia" mit Passagieren ein. Durch letzteres Schiff, mit dem sofort in Verbindung getreten wurde, erfuhr man auf dem „Geier" Näheres über die schon gerüchtweise in Kingston verlautete Nachricht von der Vernichtung des Geschwaders Cervera's, doch hatten weder das österreichische noch die englischen Schiffe selbst Genaueres von dem Gange der Schlacht gesehen. Nachmittags um 4 Uhr verließ S. M. S. „Geier" Kingston und traf am folgenden Tage Mittags bei dem amerikanischen Blockadegeschwader vor Santiago ein. Der Stander des Commodore Schley auf „Oregon" wurde salutirt und um die Erlaubniß gebeten, nach Santiago hineinzulaufen. Letzteres konnte jedoch, trotz der gegebenen Erlaubniß, nicht ausgeführt werden, da alle Versuche, einen Lootsen zu erhalten, keinen Erfolg hatten. Ohne einen solchen war ein Einlaufen aber unausführbar. „Geier" nahm daher westlichen Curs an der Küste entlang auf und passirte hierbei hintereinander drei am Lande liegende Wracks spanischer Kriegsschiffe, aus denen noch vereinzelte Rauchwolken emporwirbelten, auch trieben Schiffstrümmer, sowie zwei Leichen am Schiff vorbei. Am 8. Juli Morgens langte der Kreuzer vor Trinidad de Cuba an und holte von hier vier deutsche Damen und einen Herrn ab, welche den Ort verlassen wollten. Noch am selben Abend ging das Schiff im Hafen von Cienfuegos zu Anker. Hier trafen noch weitere vier Damen und sechs Herren auf dem Landwege ein, mit denen am 11. Juli „Geier" nach Vera Cruz ging, um sie dort am 16. Juli auszuschiffen.

— Der Kaiser empfing gestern Nachmittag im königlichen Schloß zu Berlin den Lehrer am Kunstgewerbe-Museum Roklaff. Zur Abendtafel im Neuen Palais waren Einladungen nicht ergangen. Heute Morgen wohnte das Kaiserpaar dem Gottesdienste in der Capelle der Communs bei.

— Am Kaiser-Manöver nehmen auf besondere Einladung des Kaisers elf Officiere fremder Staaten Theil. Die Kosten für die Verpflegung und Unterkunft dieser Officiere wird der Kaiser aus seiner Privatschatulle bestreiten.

— Die mehrfach zum Herbst angekündigten Aenderungen in den höheren Commandos der Marine sind nicht erfolgt. Sämmtliche Flaggofficiere behalten im nächsten Winter ihre bisherige Stellung. Sowohl die Bord- wie die Landcommandos zeigen keine Aenderungen. Viceadmiral v. Diederichs bleibt, wie mitgetheilt, Chef des ostasiatischen Kreuzergeschwaders und der ersten Division, Contreadmiral Prinz Heinrich Chef der zweiten Division. Das Schwesterschiff der in Ostafrika stationirten „Schwalbe", der Kreuzer „Sperber", wird einer Modernisirung unterzogen. Das Schiff soll wieder ins Ausland gehen. Um den Aufenthalt an Bord des Schiffes in den Tropen angenehmer zu gestalten, ist die hohe Reeling niedriger gemacht. Das Oberdeck ist dadurch wesentlich luftiger gemacht. Der „Sperber" wird voraussichtlich als Ersatz für den im nächsten Jahre heimkehrenden Kreuzer „Falke" nach der Südseestation dampfen, er hat bis jetzt nur eine Auslandsreise gemacht. Diese wurde 1889 angetreten und dauerte sieben Jahre. Der Kreuzer betheiligte sich zunächst an der Blockade der ostafrikanischen Küste, kreuzte 1891/93 auf der australischen Station und war 1894/96 in Westafrika thätig. Infolge der Entsendung des Kreuzers „Geier" von Ostamerika nach der Südseestation werden im nächsten Winter vier Kreuzer in den australischen Gewässern weilen: „Bussard", „Falke", „Möwe" und „Geier".

— Der Colonialrath wird in seiner neuen Sitzungsperiode vier Mitglieder mehr zählen als in seiner letzten. Es sind nämlich zwei Herren ausgeschieden, dagegen traten sechs, und zwar die Herren Bergwerksbesitzer Douglas, Dr. A. Poensgen, Dr. Porsch, Wirkl. Geheimrath Sachse, Graf von der Schulenburg-Wolfsburg, Kaufmann Justus Strandes neu in den Colonialrath ein. Den Vorsitz wird der Leiter der Colonialabtheilung des Auswärtigen Amtes Dr. von Buchka übernehmen.

— Aus Heiligenhaus (Westfalen) wird berichtet: „Landtagsabgeordneter Böttinger hatte der Gemeinde als Andenken an den großen Altreichskanzler Fürsten Bismarck ein Album geschenkt, wovon der Bürgermeister dem Gemeinderath in der Sitzung Kenntniß gab. Sofort nach der Rede des Bürgermeisters meldete sich der Graf von der Schulenburg und erklärte, er müsse dagegen protestiren, daß das Geschenk von der Gemeinde angenommen würde; an den Namen Bismarck knüpften sich für ihn nur üble Erinnerungen. Nachher besprach Fabrikant Kikert den Fall in großer Erregung und feierte gebührend den großen Todten. Anschließend hieran ließ der Bürgermeister das Andenken des Entschlafenen dadurch ehren, daß er die Gemeindevorsteher aufforderte, sich von ihren Sitzen zu erheben. Alle erhoben sich; nur Graf von der Schulenburg blieb sitzen. Er protestirte vielmehr nochmals auch hiergegen, und unter lauten Kundgebungen des Unwillens verließen sämmtliche Herren darauf den Saal." — Direct demonstrirt, wie dieser edle Graf, hat nun der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz nicht. Aber anläßlich des Ablebens des Fürsten Bismarck ist von seiner Seite kein Zeichen seines Beileids gegeben worden und in den großherzoglichen Schulen hat (zum Unterschied von den städtischen) das Ereigniß bis auf den heutigen Tag keine Beachtung gefunden. Der Strelitzer Hof hegt eben dieselben Gefühle für das Reich wie der von Reuß ä. L.

— Zu Bismarck's Memoiren schreibt die „Zukunft": „Daß der Fürst mit der Hilfe Lothar Bucher's Erinnerungen aus seinem Leben geschrieben hat, daß diese Niederschrift sich auf alle Epochen von der Kindheit bis zur Entlassung aus den Aemtern erstreckt und, sobald die Erben es für angezeigt halten, veröffentlicht werden wird, ist ja allgemein bekannt geworden. Ein Recht, das Manuscript — von dem ein Theil vor Jahren gesetzt wurde, um dem Fürsten das Lesen und Corrigiren zu erleichtern — einer Censur zu unterwerfen, steht keinem Menschen zu; und Personen, die es wissen könnten, sagen, daß ein Vertrag mit Honorarbestimmung überhaupt noch nicht abgeschlossen ist und die Entscheidung über den Umfang des Werkes und den Termin des Erscheinens kann vor dem Spätherbst gefällt werden wird."

— Herr Eugen Wolf erwidert auf die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen. Obwohl er dabei außerordentlich — ausgedehnt zu Werke geht, stellt er noch einen „zweiten Theil" der Erwiderung in Aussicht. Herr Wolf ist offenbar fürs Quantitative, das eine Mal, wo er sich kurz faßte, hatte er schweres Unglück, wie neulich mit der Erklärung, er sei niemals aus einem deutschen Schutzgebiete ausgewiesen worden. Diese Behauptung wurde, wie mitgetheilt, durch den stenographischen Bericht der Reichstagssitzung vom 5. März 1892 widerlegt. Nach dieser Probe der Wahrheitsliebe oder der Gedächtnißstärke des China-Erforschers des „Berl. Tgbl." wird man auf seine Berichtigungen, wenn nicht schon erwartet, noch weniger Werth legen als vorher. Wir verzeichnen lediglich, daß Wolf erklärt, sich niemals eines Rang oder Titel angemaßt, nirgends einen officiellen Empfang gehabt und über die Angelegenheit der Ermordung der Missionare von den chinesischen Beamten nur private Auskünfte erbeten und erhalten zu haben; bei diesen Besprechungen habe Pater Freinademez als sein Dolmetscher fungirt. Auf die sogenannte „Gerichtsverhandlung", die Hauptsache, will er zurückkommen. Natürlich versichert Wolf wieder, Alles, was er gethan und gelassen, sei im „nationalen Interesse" geschehen. Vielleicht gehört der ganze Fall vor ein anderes Forum, als das des Auswärtigen Amtes und der Oeffentlichkeit. Herr Wolf versteht seine Erklärungen mit folgendem Motto: „Ein Lump, der keine Feinde hat — Ich will den Haß der Dummen und der Schlechten." Haß hat der Mann aber noch von keiner Seite geerntet, sondern etwas Anderes.

— Nach der „Nat. Corr." kann es als sicher gelten, daß das neue preußische Abgeordnetenhaus sich bereits in seiner ersten Session mit einer Revision des Communalwahlgesetzes zu beschäftigen haben werde.

Sagen eine Rolle spielt. Bis vor wenigen Stunden hat Brant geglaubt, mein Sohn wäre der Mörder von James Harding, und in diesem Glauben beschloß er, sich selbst zu opfern, um den Jungen zu retten. Was ihn dazu veranlaßte, das werden Sie sich selbst sagen können, wenn ich hinzufüge, daß es meine Tochter war, der gegenüber Brant die Thatsache zugab, die sie selbst schon geahnt hatte."

Ein Schweigen, das beredter war, als das lauteste Lob, herrschte in der kleinen Gruppe, die um den Tisch des Redacteurs versammelt war. Hobart brach es zuerst.

„Das war ganz erstaunlich", sagte er ruhig, „ganz der George Brant, den ich vor Zeiten kannte und lieb hatte. Doch in unserer Bewunderung dürfen wir die Gefahr nicht vergessen. Wenn ich die Sache recht verstehe, ist sein Leben jetzt noch nicht weniger in Gefahr als vorher. Denn wenn wir Alles zusammenbringen, was haben wir der Anklage entgegenzuhalten?"

Der Richter schüttelte bekümmert das Haupt. „Nichts, fürchte ich, was auf eine Jury Eindruck machen würde. Ich denke, es ist uns Allen klar, daß jener Unbekannte, der in Brant's Zimmer einbrach, die Waffe stahl und Harding mit ihr tödtete; doch wir können es weder beweisen, noch ein Motiv dafür angeben. Wenn wir den Mann nur identificiren könnten, damit wir im Stande wären, ihn zu finden, dann würden wir vielleicht auch zeigen können, weshalb er einen Mann erschoß, mit dem er scheinbar auf freundschaftlichem Fuße stand."

Inzwischen hatte Jarvis sich damit beschäftigt, auf ein weißes Blatt Papier die rohe Skizze eines menschlichen Gesichts zu zeichnen. Er that es fast mechanisch und ohne sich darüber klar zu sein, daß er die ihm während seiner Nachforschungen so oft beschriebenen Züge des Mannes entwarf, der sie eben beschäftigte. Als er sich dessen bewußt wurde, reichte er Hobart das Blatt hinüber und fragte: „Haben Sie jemals einen Menschen gesehen, der dem glich?" Hobart schüttelte den Kopf.

„Wahrscheinlich Niemand", sagte Jarvis, indem er das Blatt zurücknahm und das Bild veränderte, indem er einen buschigen Vollbart und einen borstigen Schnurrbart nachlässig hinzufügte. Der Richter und Forsyth besprachen eifrig, ob es rathsam sei, eines der großen Detectivinstitute in Anspruch zu nehmen; dieser war dafür, während der Jurist es verwarf wegen der Kürze der Zeit.

„Es ist zu spät, das jetzt zu thun", sagte er. „Bis die ihre Leute zusammengebracht haben und an der Arbeit sind, ist die Geschichte vorbei. Nein, was zu thun ist, müssen wir selbst thun, und zwar schnell."

Hobart betheiligte sich nicht an dem Gespräch. Er hatte sich über den Tisch gelehnt und betrachtete des Reporters Stift. Plötzlich streckte er die Hand aus und hielt ihn an.

„Warten Sie doch einen Augenblick, das gleicht einem Manne, den ich irgendwo gesehen habe, aber ich kann mich nicht erinnern, wann oder wo."

Der Ausruf erregte auch die Aufmerksamkeit der Anderen, und sie besahen die Skizze, während der Chemiker sein Gedächtniß anstrengte. „Lassen Sie mich's doch noch einmal ansehen", sagte er dann und beugte sich über das Bild, während die Anderen schweigend warteten. „Ich kann's nicht unterbringen", meinte er schließlich. „Zuerst dachte ich, es gliche ein wenig jenem Ike Gaffet, dem Desperado, den Brant bei jenem Aufruhr in Gynard's Tanzsaal niederschoß, aber —"

Des Redacteurs Drehstuhl beschrieb schnell einen Halbkreis, und er selbst schlug in höchster Erregung mit der Faust auf den Tisch.

„Was sind wir doch für eine Gesellschaft von Idioten!" brach er endlich los. „Die Geschichte ist ja doch so klar wie das Einmaleins! Gaffet ist der Mann, der den Schuß abfeuerte, und er wollte Brant tödten — nicht Harding."

„Beim Jupiter, Sie haben Recht!" rief Hobart voll Erregung. „Jetzt fällt mir auch ein, daß Jemand mir in Silveretle vor einem Monat erzählte, Gaffet wäre aus dem Hospital entlassen und machte blutdürstig Jagd auf Brant. Ich wollte damals George noch davon schreiben, aber da er ja doch ein ganz anderes Leben anfangen wollte, glaubte ich, die Gefahr sei nicht groß."

„Gott sei Dank", sagte der Richter mit leisem Zittern seiner Stimme, „das giebt der Sache eine entscheidende Wendung. Wenn wir jetzt nur den Gaffet in die Hände bekommen könnten —"

„Das werden wir ganz gewiß, wenn er irgendwo auf dieser Seite des Erdballes sich umhertreibt", fiel Forsyth ein, „aber da ist keine Zeit zu verlieren. Wenn Sie und Mr. Hobart dafür sorgen wollen, daß der Draht in Thätigkeit versetzt wird, werde ich durch meinen Reporter die Stadt absuchen lassen. Sie werden es besser und schneller als die Polizei besorgen. Jarvis, schicken Sie die Leute herein, und laufen Sie selbst zu Brant hinüber und geben Sie ihm einen Wink. Gute Nacht und gute Verrichtung, meine Herren; morgen früh kommen wir hier, wenn es Ihnen recht ist, wieder zusammen."

Zwei Stunden später war es endgiltig festgestellt, daß Gaffet die Stadt an dem Tage nach der Tragödie verlassen hatte; und vor Mitternacht war sein Steckbrief zusammen mit dem Anerbieten einer ansehnlichen Belohnung für seine Ergreifung durch die Berge in jede Ansiedelung und jeden Flecken verbreitet, der von dem weitreichenden Drahtnetze des Telegraphen berührt wurde.

(Fortsetzung folgt.)